

Niederschrift

Gremium	Sitzung - VW/015(IV)/06			
	Wochentag, Datum	Ort	Beginn	Ende
Verwaltungsausschuss	Freitag, 15.09.2006	Hasselbachsaal	15:00Uhr	18:45Uhr

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung

- 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
- 2 Bestätigung der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschriften der Sitzungen des Verwaltungsausschusses vom 04. 07. und 14. 07. 06
- 4 Beschlussvorlagen
 - 4.1 Bildung des Eigenbetriebes "Kommunales Gebäudemanagement"
Vorlage: DS0241/06
BE: Oberbürgermeister
 - 4.2 Bildung des Eigenbetriebes "Puppentheater der Stadt Magdeburg"
Vorlage: DS0279/06
BE: Beigeordneter für Kultur, Schule und Sport

- 4.3 Bildung des Eigenbetriebes "theater magdeburg"
Vorlage: DS0283/06

BE: Beigeordneter für Kultur, Schule und Sport
- 4.4 Zukünftige strategische Ausrichtung und Weiterentwicklung des
Zoologischen Gartens Magdeburg und damit verbundene
Überführung in die Zoologischer Garten Magdeburg GmbH (ZGM)
unter gesellschaftsrechtlicher und finanzieller Mitbeteiligung des
regionalen Umlandes.
Vorlage: DS0277/06

BE: Beigeordneter für Kultur, Schule und Sport
- 4.5 Regelung zur leistungsabhängigen Anschlussfähigkeit für
Absolventen der Berufsausbildung/Laufbahnbewerber/-innen des
mittleren allgemeinen nichttechnischen Verwaltungsdienstes und
Bereitstellung betrieblicher Ausbildungsplätze ab 2007 in der
Landeshauptstadt Magdeburg
Vorlage: DS0326/06

BE: Beigeordneter für Kommunales, Umwelt und Allgemeine Verwaltung
- 4.6 Eingemeindungsverhandlungen mit der Gemeinde Gerwisch
Vorlage: DS0367/06

BE: Beigeordneter für Kommunales, Umwelt und Allgemeine Verwaltung
- 4.7 Gemeinsame Entwicklung eines Industrie- und Gewerbegebietes mit
der Gemeinde Sülzetal
Vorlage: DS0369/06

BE: Beigeordneter für Wirtschaft, Tourismus und Allgemeine Verwaltung
- 5 Anträge
- 5.1 MagdeburgOnline i.V.m. Stellungnahme der Verwaltung S0224/05
Vorlage: A0115/05

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
WV VW vom 21. 10. 2005

BE: Oberbürgermeister
- 5.2 Prüfung des Einsatzes elektronischer Wahlgeräte
Vorlage: A0090/06

FDP-Fraktion

- 5.2.1 Prüfung des Einsatzes elektronischer Wahlgeräte
Vorlage: S0119/06
BE: Beigeordneter für Kommunales, Umwelt und Allgemeine Verwaltung
- 5.3 Eindämmung der Flut von Wahlplakaten
Vorlage: A0087/06
Fraktion BfM
- 5.3.1 Eindämmung der Flut von Wahlplakaten
Vorlage: S0133/06
BE: Beigeordneter für Kommunales, Umwelt und Allgemeine Verwaltung
- 5.4 Beteiligung von Bürgern an der Haushaltsplanung
Vorlage: A0088/06
CDU-Fraktion
- 5.4.1 Beteiligung von Bürgern an der Haushaltsplanung
Vorlage: S0130/06
BE: Bürgermeister
- 5.5 Wirtschaftliches Potential des demographischen Wandels
Vorlage: A0136/06
CDU-Fraktion
- 5.5.1 Wirtschaftliches Potential des demographischen Wandels
Vorlage: S0152/06
BE: Beigeordneter für Wirtschaft, Tourismus und Regionalentwicklung
- 6 Informationen
- 6.1 Erster betrieblicher Gesundheitsbericht der Landeshauptstadt
Magdeburg 2005
Vorlage: I0177/06
BE: Beigeordneter für Kommunales, Umwelt und Allgemeine Verwaltung
- 7 Verschiedenes

Öffentliche Sitzung

1. Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper eröffnet die Sitzung des Verwaltungsausschusses und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

2. Bestätigung der Tagesordnung

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses stimmen der vorliegenden Tagesordnung zu.

3. Genehmigung der Niederschriften der Sitzungen des Verwaltungsausschusses vom 04. 07. und 14. 07. 06

Niederschrift der Sondersitzung des Verwaltungsausschusses vom 04. 07. 2006

Die Niederschrift wird von den Mitgliedern des Verwaltungsausschusses bei 2 Enthaltungen einstimmig **bestätigt**.

Niederschrift der Sitzung des Verwaltungsausschusses vom 14. 07. 2006

Auf Hinweis des Stadtrates Stern, CDU-Fraktion, ist auf Seite 6, TOP 5.1 der vorletzte Absatz wie folgt zu ergänzen:

*Ergänzend verweist der Oberbürgermeister auf die Möglichkeit, künftig dem Ausschuss KRB alle eingehenden Vorschläge **vor Beschlussfassung** zur Information vorzulegen.*

Die so geänderte Niederschrift wird von den Mitgliedern des Verwaltungsausschusses bei 2 Enthaltungen einstimmig **bestätigt**.

4. Beschlussvorlagen

4.1. Bildung des Eigenbetriebes "Kommunales Gebäudemanagement" Vorlage: DS0241/06

An diesem Tagesordnungspunkt nehmen der Leiter des Fachbereiches Kommunales Gebäudemanagement (FB03) Herr Ulrich und die Leiterin des Fachdienstes Kaufmännisches Gebäudemanagement im FB03 Frau Kobow teil.

Stadträtin Karin Meinecke, Fraktion Die Linkspartei.PDS, merkt kritisch an, dass die Zeitspanne zwischen Ausreichung dieser Drucksache – ebenso wie die unter TOP 4.2 bis 4.4. vorliegenden Drucksachen - und den Terminen zur Beratung in den Ausschüssen sehr kurz war. Aus diesem Grund konnte in der Fraktion noch keine abschließende Abstimmung zur Thematik der Drucksachen erfolgen.

Stadtrat Stern, CDU-Fraktion, schließt sich der Auffassung von Stadträtin Karin Meinecke und legt dar, heute der Drucksache noch nicht zustimmen zu können. Seitens seiner Fraktion besteht noch Diskussionsbedarf.

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper unterbreitet hierzu den Vorschlag, in der heutigen Sitzung des Verwaltungsausschusses zunächst anstehende Fragen zu beantworten. Eine abschließende Beratung bzw. die Abgabe einer Beschlussempfehlung an den Stadtrat sollte dann im Rahmen einer Sondersitzung des Verwaltungsausschusses erfolgen, um die vorgegebene Beratungsfolge und die Beschlussfassung des Stadtrates am 12. 10. 2006 einhalten zu können. Als Termin für diese Sondersitzung schlägt er Mittwoch, den 04. Oktober 2006 um 17.00 Uhr vor.

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses stimmen dem Vorschlag des Oberbürgermeisters zu.

Im Rahmen der anschließenden Diskussion stellt Stadtrat Stern, CDU-Fraktion, nachfolgende Fragen:

1. Wie sind die Vorstellungen hinsichtlich der zukünftigen Beteiligung des Ausschusses StBV bei städtebaulichen Belangen des neu zu gründenden Eigenbetriebes?
2. Wie kam hinsichtlich zu erteilenden Vergaben, die im Stadtrat beschlossen werden, die Wertgrenze von 1 Mio Euro zustande?
3. Die privatrechtliche Rechtsform wird in der Drucksache nur in einem Satz erwähnt. Wurde diese Rechtsform umfassend untersucht?
4. Wurde hinsichtlich der Betriebsorganisation die Ausgliederung bestimmter Personalbereiche, wie z.B. Pförtner oder Hausmeister (außer Schulhausmeister) oder des Bauhofes untersucht?

Der Leiter des FB03 Herr Ulrich nimmt zu den aufgeworfenen Fragen umfassend Stellung:

zu Frage 1:

Bei der Erarbeitung der Drucksache zur Vorbereitung der Eigenbetriebsbildung wurde die Frage der Ausschussbeteiligung nicht vordergründig betrachtet. Grundsätzlich gilt jedoch, dass die Einbindung städtischer Gremien soweit aufrechterhalten wird, wie es erforderlich ist. Dabei ist die Hierarchie zwischen Betriebsausschuss und Ausschuss StBV abzuwägen.

Ergänzend verweist der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper auf die Kernaufgaben des künftigen Eigenbetriebes und legt dar, dass bei Maßnahmen, die städtebauliche Angelegenheiten betreffen, der Ausschuss StBV bzw. der Stadtrat mit einbezogen werden. Der Betriebsausschuss orientiert sich vordergründig auf die betriebswirtschaftlichen Belange des Kommunalen Gebäudemanagements.

Stadtrat Schindehütte, CDU-Fraktion, verweist darauf, dass auch die Beteiligung anderer Fachausschüsse, wie z.B. der Ausschuss BSS zu Fragen der Schulplanung und der Errichtung und Sanierung von Sportplätzen, erforderlich werden.

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper führt aus, dass der Betriebsausschuss zur Durchsetzung der erforderlichen Maßnahmen die fachliche Abstimmung vornehmen wird und diese Problematik noch im Detail durchdacht werden muss.

zu Frage 2:

Herr Ulrich unterstreicht die Beachtung der Zuständigkeit des Vergabeausschusses. Hinsichtlich der Wertgrenzen informiert er, dass die Regelungen der Hauptsatzung eingehalten werden und sich auch am Verfahren zur Bildung des EB SFM orientiert wurde. Zu dieser Thematik gab es mehrfache Abstimmung mit dem Dezernat Finanzen und dem Rechtsamt der Stadt Magdeburg.

zu Frage 3:

Hinsichtlich vertiefender Untersuchungen einer privatrechtlichen Rechtsform informiert Herr Ulrich, dass diese nicht weiter betrachtet wurde. Mit der vorgeschlagenen Eigenbetriebsgründung war das Anliegen verbunden, betriebswirtschaftliches Denken und effizientes Arbeiten zu fördern und zum Nutzen der Stadt tätig zu sein.

Stadtrat Stern, CDU-Fraktion, gibt zu bedenken, dass die Ausgliederung des SAM nicht zu finanziellen Aufwüchsen durch die Erhöhung der Mehrwertsteuer geführt hat.

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper macht darauf aufmerksam, dass die Gründung einer GmbH, welche nur den Hauptauftraggeber Stadt hat, keinen Sinn macht und darüber hinaus auch nicht genehmigungsfähig wäre.

zu Frage 4:

Hinsichtlich des Bauhofes erläutert Herr Ulrich Vorteile, die seine Beibehaltung für die Stadt Magdeburg im Rahmen des Eigenbetriebes bringt.

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper legt dar, dass die Frage des Bauhofes ein Thema für eine weiterführende Diskussion im Betriebsausschuss ist. Hier können Untersuchungen angestellt werden, ob die anfallenden Aufgaben an entsprechende Firmen übergeben werden sollen. Dies kann aber erst nach Gründung des Eigenbetriebes geschehen.

Zur Frage einer möglichen Ausgliederung der Hausmeister informiert Herr Ulrich, dass diese Thematik intern bereits besprochen wurde und entsprechende Untersuchungen erfolgten. Eine Ausgliederung kann erfolgen, wenn es für die Stadt entsprechende Ersatzleistungen gibt.

Zum Hinweis von Stadtrat Stern zu bedenken, dass für Hausmeister und Pförtner finanzielle Aufwendungen für Sozialleistungen und Personalkosten vorgehalten werden müssen führt der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper aus, dass diese Thematik ebenfalls Gegenstand von Diskussionen im Betriebsausschuss sein sollte und dort Punkt für Punkt besprochen werden kann.

Stadtrat Lischka, SPD-Fraktion, nimmt Bezug auf die in der Anlage 1 Seite 8 im Absatz 4 getroffene Aussage hinsichtlich der Fremdvergabe von Hausmeisterleistungen und stellt fest, dass diese Formulierung im Widerspruch zu den hier gemachten Ausführungen steht.

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper legt dar, dass dieser Absatz nicht mehr Bestandteil der Anlage sein wird und zu streichen ist.

Frau Kobow führt erläuternd aus, dass in Vorbereitung der Eigenbetriebsbildung eine Planung für die nächsten fünf Jahre erfolgen musste mit Aussagen zu Maßnahmen, die in diesem Zeitraum durchgeführt werden müssen. Wenn im Rahmen der Eigenbetriebsbildung festgestellt wird, dass bestimmte Leistungen billiger erbracht werden können, dann werden diese auf Grund der Verpflichtung zum wirtschaftlichen Arbeiten auch zu Veränderungen führen.

Stadtrat Schindehütte, CDU-Fraktion, hinterfragt mit Verweis auf die bisher vorgenommenen Ausschreibungen von Geschäftsführerpositionen, warum dies im vorliegenden Fall nicht erfolgt ist.

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper begründet, dass bereits im Ausschreibungstext zur Besetzung der Stelle des Fachbereichsleiters auf die Eigenbetriebsbildung verwiesen wurde. Unter dieser Prämisse erfolgte auch die Bewerbung von Herrn Ulrich. Das Verfahren zum Verzicht einer Ausschreibung wurde im Vorfeld mit dem Beigeordneten für Kommunales, Umwelt und Allgemeine Verwaltung Herrn Platz abgestimmt.

Zu den Ausführungen der Stadträtin Karin Meinecke zu zukünftigen Leistungsverlagerungen zwischen Eigenbetrieb und Stadtverwaltung und den darauf resultierenden personalwirtschaftlichen Folgerungen verweist der Oberbürgermeister auf bestehenden Entscheidungsbedarf in Personalfragen.

Unter Bezugnahme auf die im § 10 und § 11 der Eigenbetriebssatzung geregelten Zuständigkeiten des Oberbürgermeisters und des Stadtrates hinterfragt Stadtrat Westphal, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, den fehlenden Hinweis auf das Eigenbetriebsgesetz des Landes Sachsen-Anhalt hinsichtlich der Zuständigkeiten des Oberbürgermeisters.

Hierzu verweist Herr Ulrich darauf, dass die Satzung im Zusammenwirken mit der Verwaltung erarbeitet wurde.

Die endgültige Beratung und Abgabe der Beschlussempfehlung zur DS0241/06 wird auf die Sondersitzung des Verwaltungsausschusses am 04. 10. 2006 **vertagt**.

4.2. Bildung des Eigenbetriebes "Puppentheater der Stadt
Magdeburg"
Vorlage: DS0279/06

An diesem Tagesordnungspunkt nehmen der Beigeordnete für Kultur, Schule und Sport (Bg IV) Herr Dr. Koch, der Intendant des Puppentheaters Herr Kempchen und die Verwaltungsleiterin Frau Wehling teil.

Stadträtin Karin Meinecke, Vorsitzende des Ausschusses K, macht erläuternde Ausführungen zum Änderungsantrag DS0279/06/1 des Ausschusses K bzgl. der Bildung eines gemeinsamen Betriebsausschusses „Theater“.

Hierzu informiert der Beigeordnete IV Herr Dr. Koch, dass das Ergebnis der rechtlichen Prüfung zur Bildung des Betriebsausschusses zur Sondersitzung des Verwaltungsausschusses am 04. 10. 2006 vorgelegt wird.

Zum Hinweis von Stadträtin Karin Meinecke, Fraktion Die Linkspartei.PDS, auf Differenzen zwischen Beschlussvorschlag und Regelungen in der Eigenbetriebssatzung bzgl. der Anzahl der Mitglieder des Betriebsausschusses sagt der Beigeordnete IV Herr Dr. Koch die umgehende Korrektur zu.

Eingehend auf den Änderungsantrag DS0129/06/1 hält Stadtrat Stern, CDU-Fraktion eine strikte Trennung für wichtig und äußert seine Befürchtung, dass ansonsten die Belange des Theaters überwiegen könnten.

Bezugnehmend auf den Finanzplan hinterfragt Stadtrat Stern eine geplante Arrondierung für das Puppentheater zu einem Figurentheaterzentrum.

Hierzu informiert der Beigeordnete IV Herr Dr. Koch, dass dies nicht Bestandteil der Finanzplanung ist. Diese Problematik wäre auf Grund der erforderlichen Investitionen zur Umsetzung der Maßnahme Gegenstand einer eigenständigen Beschlussvorlage.

Zur Nachfrage von Stadtrat Stern bzgl. der weiteren Zusammenarbeit mit dem Puppentheater Dessau legt der Beigeordnete IV Herr Dr. Koch dar, dass diese nicht in die Eigenbetriebsarbeit integriert werden kann. Möglich wäre dies über einen Geschäftsbesorgungs-vertrag. Hierzu ist jedoch mit Dessau die Diskussion zu führen, ob die bisherige Zusammenarbeit weitergeführt werden soll.

Ergänzend führt der Intendant Herr Kempchen aus, dass noch in dieser Spielzeit darüber beraten wird, ob der bestehende Kooperationsvertrag verlängert wird. Im Moment ist die Situation so, dass diese Kooperation für das Puppentheater eine größere Belastung als erwartet darstellt, da sich der Verwaltungsaufwand als sehr umständlich erweist. Im Weiteren geht er auf Gründe ein, die eine engere Zusammenarbeit beider Puppentheater derzeit erschweren. Er hält eine perspektivische Fusionierung beider Theater in Dessau politisch für schwer durchsetzbar.

Stadtrat Westphal, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, nimmt Bezug auf die Regelung des § 8 des Eigenbetriebsgesetzes des Landes Sachsen-Anhalt und sieht hiermit die Umsetzung des Änderungsantrages DS0279/06/1 für gegeben an. Er äußert die Bitte, zur Beratung der Drucksache im Ausschuss FG die Anfangsbilanz zur Verwaltung des Anlagevermögens vorzulegen.

Frau Wehling stellt dazu fest, dass im Anlagevermögen sowohl die technischen Anlagen als auch die Geschäftsausstattung enthalten sind.

Stadtrat Löhr, SPD-Fraktion, bezeichnet die Bildung eines Eigenbetriebes für das Puppentheater und für das Theater als sinnvoll und legt dar, dass seitens des Puppentheaters auch eine zukünftige GmbH-Bildung vorstellbar wäre, während die Betriebsform Eigenbetrieb für das Theater nicht mehr verändert werden sollte.

Die endgültige Beratung und Abgabe der Beschlussempfehlung zur DS0279/06 wird auf die Sondersitzung des Verwaltungsausschusses am 04. 10. 2006 **vertagt**.

4.3. Bildung des Eigenbetriebes "theater magdeburg" Vorlage: DS0283/06

An diesem Tagesordnungspunkt nehmen der Beigeordnete für Kultur, Schule und Sport (Bg IV) Herr Dr. Koch und der Verwaltungsdirektor Herr Ruppert teil.

Stadtrat Stern, CDU-Fraktion, nimmt Bezug auf § 6 Abs. 1 der Eigenbetriebssatzung und hinterfragt kritisch die Gründe für die Aufnahme der Formulierung der Berufung eines Fachgremiums seitens des Oberbürgermeisters.

Hierzu informiert der Oberbürgermeister, dass hiermit das Verfahren zur Besetzung der Betriebsleitung für die Zeit nach Auslaufen des derzeitigen Intendantenvertrages geregelt werden sollte.

Stadtrat Westphal, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, legt seine Auffassung zu den Regelungen im § 6 Abs. 1 dar. Unter Bezugnahme auf entsprechende Regelungen des Eigenbetriebsgesetzes des Landes Sachsen-Anhalt führt er aus, dass der Betriebsausschuss einen entsprechenden Vorschlag zur Besetzung der Betriebsleitung an den Stadtrat unterbreitet.

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper spricht sich im Ergebnis der Diskussion dafür aus, im § 6 Abs. 1 den dritten Satz zu streichen. Zur Besetzung der Betriebsleitung soll so verfahren werden, dass ein entsprechender Vorschlag der Verwaltung im Betriebsausschuss beraten und die endgültige Entscheidung im Verwaltungsausschuss getroffen wird.

Zur Nachfrage von Stadtrat Stern, CDU-Fraktion, hinsichtlich der Anzahl der Vertreter des Eigenbetriebes im Betriebsausschuss gemäß § 9 Abs. 2 informiert der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper, dass dies der Vorschlag der Verwaltung sei. Eine Entscheidung über die tatsächliche Anzahl trifft hierbei jedoch der Stadtrat.

Bezug nehmend auf die Mittelübersicht für die Jahre 2007 bis 2010 hinterfragt Stadtrat Franke, FDP-Fraktion, die Gründe für die Reduzierung der Anzahl der Gruppentänzerstellen.

Erläuternd informiert hierzu der Verwaltungsdirektor Herr Ruppert, dass im Ballettensemble künftig nur noch Solotänzer mit Gruppenverpflichtung engagiert werden und somit die Reduktion im Gruppentänzertarif mit einem entsprechenden Aufwuchs im Tarif NV-Bühne-Solo übereinstimmt.

Zur weiteren Nachfrage des Stadtrats Franke, FDP-Fraktion, bzgl. abgeschlossener Vereinbarungen und zu Anmietungen des Theaters verweist der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper auf die rechtliche Unwirksamkeit bis zur Beschlussfassung des Stadtrates.

Die endgültige Beratung und Abgabe der Beschlussempfehlung zur DS0283/06 wird auf die Sondersitzung des Verwaltungsausschusses am 04. 10. 2006 **vertagt**.

- 4.4. Zukünftige strategische Ausrichtung und Weiterentwicklung des Zoologischen Gartens Magdeburg und damit verbundene Überführung in die Zoologischer Garten Magdeburg GmbH (ZGM) unter gesellschaftsrechtlicher und finanzieller Mitbeteiligung des regionalen Umlandes.
Vorlage: DS0277/06
-

An diesem Tagesordnungspunkt nehmen der Beigeordnete für Kultur, Schule und Sport (Bg IV) Herr Dr. Koch und der Leiter des Eigenbetriebes Zoo Herr Dr. Perret teil.

Stadtrat Stern, CDU-Fraktion, bringt seine Auffassung zum Ausdruck, dass gegen eine zukünftige strategische Ausrichtung des Zoos nichts einzuwenden ist, das inhaltliche Konzept jedoch unter dem Erweiterungsaspekt Elbauenpark kritisch bewertet werden muss. Bezugnehmend auf den Antrag A0231/05 seiner Fraktion und der Fraktion BfM kritisiert er die aus seiner Sicht nicht umfassend genug erarbeitete Stellungnahme der Verwaltung speziell zur Thematik der Verlegung des Zoos auf das Gelände des Elbauenparkes auf der Grundlage einer umfassenden Kostenbetrachtung. Er richtet die Bitte an die Verwaltung, hierzu die erforderliche Kostenstruktur darzulegen, d.h. eine Gegenüberstellung der erforderlichen Kosten für eine Verlegung mit den Kosten für die geplanten Investitionen am derzeitigen Standort vorzunehmen. Mit der Vorlage der DS0277/06 beabsichtigt seine Fraktion auch den Antrag A0231/05 wieder zur Beschlussfassung im Stadtrat am 12. 10. 2006 vorzulegen.

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper unterstreicht, dass in der Drucksache der Aspekt einer Standortverlagerung des Zoos nicht berücksichtigt wurde und erläutert, dass mit einer Beschlussfassung für eine Verlegung die hierfür erforderlichen finanziellen Mittel nicht erbracht werden können, da zunächst ein Zoo-Neubau auf diesem Gelände erfolgen muss. Bis zur Fertigstellung muss die Betreuung des Zoos am heutigen Standort ebenfalls finanziert werden. Dies ist auf Grund der bestehenden Haushaltssituation nicht zu leisten. Gleichfalls hält er eine schrittweise Umverlagerung des Zoos nicht für realisierbar und nicht bezahlbar.

Stadtrat Lischka, SPD-Fraktion, verweist darauf, dass die erforderlichen Kosten bereits umfassend von der Verwaltung dargelegt wurden. Ebenso wurde eine Studie erstellt, mit welchem Besucheraufkommen die Kosten in Höhe von 80 – 100 Mio Euro refinanziert werden müssten. Dieses Aufkommen ist jedoch nicht zu erreichen. Er hält die Darstellungen in der Stellungnahme für nachvollziehbar und plausibel.

Stadtrat Dr. Kutschmann, Fraktion BfM, legt seine Auffassung dar, dass auf Grund vorhandener Bebauung sowie der vorhandenen Infrastruktur gute Voraussetzungen für eine Verlagerung des Zoos bestehen. Im Gegensatz zur Höhe der finanziellen Aufwendungen zur Sanierung des derzeitigen Zoostandortes hält er diese Variante für sinnvoller.

Er spricht sich weiterhin gegen eine Übertragung der Gruson Gewächshäuser auf die zukünftige Zoo GmbH im Rahmen eines Geschäftsbesorgungsvertrages aus, da die erforderliche Finanzierung noch nicht geklärt sei und der derzeitige Personalstand nicht ausreichend ist. In diesem Zusammenhang kündigt er die Einbringung von entsprechenden Änderungsanträgen zur vorliegenden Drucksache an.

Stadtrat Westphal, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, argumentiert im Einklang mit dem Oberbürgermeister und Stadtrat Lischka, SPD-Fraktion, gegen eine Verlegung des Zoos und führt aus, dass die Stadt Magdeburg hinsichtlich der Finanzierung keinen Handlungsspielraum hat. Die bestehende Vertragslage lässt darüber hinaus eine diesbezügliche Nachnutzung des Elbauenparkes nicht zu. Er spricht sich für eine Zustimmung zur vorgelegten Drucksache aus.

Stadtrat Schindehütte, CDU-Fraktion, nimmt kritisch Bezug auf Beschlusspunkt 3 der Drucksache und begründet seine Auffassung, den letzten Satz des Punktes hinsichtlich einer Anweisung für den Betriebsausschuss Zoo zu streichen, da dies rechtswidrig wäre.

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper führt aus, dass der Betriebsausschuss hierzu nicht angewiesen werden kann und die Formulierung des Beschlusspunktes 3 entsprechend zu ändern ist.

Stadtrat Sven Meinecke, Fraktion Die Linkspartei.PDS, äußert sein Unverständnis hinsichtlich der erneuten Diskussion zu einer Standortverlegung. Er spricht sich dafür aus, dass seitens der CDU-Fraktion belastbares Zahlenmaterial, welches eine Standortverlegung stützen könnte, vorgelegt wird. Die in der Stellungnahme der Verwaltung vorgelegten Zahlen hält er für korrekt.

Stadtrat Löhr, SPD-Fraktion, regt in seinen Ausführung zur die Nutzung des Zooareals an, räumliche Aspekte (Straßenerschließung etc.) zu überdenken.

Der Betriebsleiter des Zoos Herr Perret informiert, dass derzeit ein Bebauungsplan für das Zooareal erstellt wird. Im Weiteren gibt er Erläuterungen zur geplanten Straßenüberbrückung und führt aus, dass eine Nutzung des Vogelgesang-Parkes seitens der Denkmalschutzbehörde nicht abgelehnt wird. Im Weiteren gibt er umfassende Erläuterungen in Beantwortung der Nachfragen des Stadtrates Stern, CDU-Fraktion, bezüglich des Menschenaffenhauses sowie einer Erweiterung des Zoogeländes.

Sollte eine Zoo-Erweiterung am jetzigen Standort erfolgen, präferiert Stadtrat Dr. Kutschmann, Fraktion BfM, Lösungen im Sinne des Vorschlages von Stadtrat Löhr.

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper informiert über die Zusage der Gemeinde Barleben hinsichtlich einer jährlichen Beteiligung von 300 Teuro auf freiwilliger Basis. Er verweist insbesondere darauf, dass die Gründung einer Zoo-GmbH ohne diese Co-Finanzierung nicht durchsetzbar sei.

Ergänzend informiert der Beigeordnete IV Herr Dr. Koch, dass der Finanzausschuss der Gemeinde Barleben hierzu seine Zustimmung erteilt hat. Ebenso liegt die Zustimmung des Hauptausschusses zur Drucksache vor. Die abschließende Beratung des Gemeinderates wird am 28. 10. 2006 erfolgen.

Zur Nachfrage von Stadtrat Westphal, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, hinsichtlich des im Beschlusspunkt 3 benannten Betrages zur Stammkapitalerhöhung in Höhe von 100 Euro informiert der Oberbürgermeister, dass hierzu eine Prüfung im Eigenbetrieb Zoo vorgenommen wird und die Problematik im Ausschuss FG beraten werden muss.

Stadtrat Stern, CDU-Fraktion, nimmt Bezug auf Wirtschaftsplan und Betriebskostenzahlungen und hinterfragt in diesem Zusammenhang die Position des Landesverwaltungsamtes zur Übernahme von Bürgschaften durch die Stadt Magdeburg.

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper informiert hierzu, dass ein Positionierung des Landesverwaltungsamtes noch aussteht.

Zur Nachfrage von Stadtrat Dr. Kutschmann, Fraktion BfM, bezüglich einer möglichen Beteiligung anderer Umlandgemeinden informiert der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper, dass es keine weiteren Signale für eine Beteiligung gibt. Er verweist darauf, dass Gemeinden mit einem Haushaltsdefizit hierzu auch nicht in der Lage sind.

Die endgültige Beratung und Abgabe der Beschlussempfehlung zur DS0277/06 wird auf die Sondersitzung des Verwaltungsausschusses am 04. 10. 2006 **vertagt**.

- 4.5. Regelung zur leistungsabhängigen Anschlussfähigkeit für Absolventen der Berufsausbildung/Laufbahnbewerber/-innen des mittleren allgemeinen nichttechnischen Verwaltungsdienstes und Bereitstellung betrieblicher Ausbildungsplätze ab 2007 in der Landeshauptstadt Magdeburg
Vorlage: DS0326/06
-

An diesem Tagesordnungspunkt nimmt der Beigeordnete für Kommunales, Umwelt und Allgemeine Verwaltung (Bg I) Herr Platz teil.

In seinen erläuternden Ausführungen zur Drucksache verweist der Beigeordnete I Herr Platz insbesondere auf die Feststellung, dass sich die Regelung zu einer leistungsabhängigen Anschlussfähigkeit für Auszubildende in der Vergangenheit bewährt hat. Zielstellung ist es, auch weiterhin über den bestehenden Bedarf hinaus auszubilden, um jungen Leuten eine berufliche Perspektive bieten zu können.

Stadtrat Stern, CDU-Fraktion, spricht sich für eine Zustimmung zur Drucksache aus.

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt mit 13 Ja-Stimmen einstimmig dem Stadtrat, die Drucksache DS0326/06 in seiner Sitzung am 12. 10. 2006 zu beschließen.

- 4.6. Eingemeindungsverhandlungen mit der Gemeinde Gerwisch
Vorlage: DS0367/06
-

An diesem Tagesordnungspunkt nimmt der Beigeordnete für Kommunales, Umwelt und Allgemeine Verwaltung (Bg I) Herr Platz teil.

Stadtrat Stern, CDU-Fraktion, spricht sich für eine Zustimmung zur Drucksache aus. Er richtet die Bitte an die Verwaltung, im Zuge der Eingemeindungsverhandlungen eine Prüfung zum Sanierungsbedarf u.a. an öffentlichen Gebäuden zu beachten. Der Stadtrat sollte klar informiert werden, welche finanziellen Aufwendungen auf die Stadt Magdeburg im Fall einer Eingemeindung zukommen.

Auf Nachfrage des Stadtrates Dr. Kutschmann, Fraktion BfM, erläutert der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper das Verfahren für eine Eingemeindung.

Stadtrat Löhr, SPD-Fraktion, hinterfragt die Möglichkeit des Erhaltes der Schule in Gerwisch.

Hierzu wird durch den Beigeordneten I Herrn Platz informiert, dass nach seinen vorliegenden Informationen Gerwisch über eine ausreichende Anzahl an Schüler verfügt, so dass die Schule erhalten bleiben kann. Bezug nehmend auf die Verhandlungen für eine Eingemeindung führt er aus, dass hierbei versucht wird sich auf die Dinge zu verständigen, die auch seitens der Stadt erfüllt werden können. In der jetzigen Phase sei es sinnvoll Verhandlungspunkte aufzunehmen und auf ihre Realisierbarkeit zu prüfen. In seinen weiteren Ausführungen geht er auf das Verfahren des Bürgerbegehrens ein und informiert, dass dessen rechtliche Zulässigkeit z.Z. geprüft wird.

Auf Nachfrage des Stadtrates Stern, CDU-Fraktion, hinsichtlich der Information der Bürger der Gemeinde Gerwisch z.B. zu steuerlichen Fragen oder Gebührenerhebungen im Rahmen einer Bürgerversammlung, informiert der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper, dass ein entsprechendes Zahlenmaterial bereits der Gemeinde übergeben wurde.

Stadtrat Sven Meinecke, Fraktion Die Linkspartei.PDS, legt seine Auffassung dar, dass eine Bürgerversammlung erst durchgeführt werden sollte, wenn ein konkretes Zahlenmaterial vorliegt.

Der Beigeordnete I Herr Platz führt aus, dass Fragen u.a. zu Steuern und Gebühren Gegenstand der Vertragsverhandlungen sein werden. Mit der Bürgermeisterin der Gemeinde wurde vereinbart, über die Ergebnisse jedes einzelnen Verhandlungsgespräches die Bürger zu informieren.

Der Verwaltungsausschuss **beschließt** mit 13 Ja-Stimmen einstimmig:

Beschluss-Nr. VW 027-15(IV)06

Die Landeshauptstadt Magdeburg tritt in Vertragsverhandlungen mit der Gemeinde Gerwisch mit dem Ziel einer freiwilligen Eingemeindung ein und beauftragt den Oberbürgermeister die Vertragsverhandlungen durchzuführen.

4.7. Gemeinsame Entwicklung eines Industrie- und Gewerbegebietes
mit der Gemeinde Sülzetal
Vorlage: DS0369/06

An diesem Tagesordnungspunkt nimmt der Beigeordnete für Wirtschaft, Tourismus und Regionalentwicklung (Bg III) Herr Dr. Puchta teil.

Der Beigeordnete III Herr Dr. Puchta verweist in seinen erläuternden Ausführungen zur Drucksache insbesondere darauf, dass das geplante Vorhaben keine Konkurrenz zum Industriestandort Rothensee werden soll. Er bezeichnet das Ergebnis als ersten Schritt, dem weitere folgen werden.

In der sich anschließenden Diskussion hinterfragt Stadtrat Stern, CDU-Fraktion, die angestrebte Schwerpunktsetzung im Süden der Stadt und die nicht genutzten Möglichkeiten zur Entwicklung des Gebietes nördlich der A 14.

Bezüglich der Entwicklung des nördlichen Gebietes informiert der Beigeordnete III Herr Dr. Puchta, dass diese Thematik im Rahmen der Standortsuche für eine mögliche Ansiedlung von BMW umfassend untersucht wurde. Im Ergebnis konnte festgestellt werden, dass sich die Kosten für eine Erschließung des städtischen Gebietes Eulenberg in diesem Bereich auf ca. 10 Mio Euro belaufen würden. In seinen weiteren erläuternden Ausführungen zu einer Erschließung des

Gebietes verweist er auf die Problematik der Erhaltung des Feuchtgebietes und darauf, dass auf Grund der Nähe des Flugplatzes die Einhaltung von Bauhöhen nicht gesichert werden kann. Darüber hinaus besitzt die Stadt dort kaum eigene Liegenschaften.

Zielstellung der gemeinsamen Gebietsentwicklung im Süden der Stadt ist eine großflächige Gewerbeansiedlung. Hierfür hat die Gemeinde Sülzetal eigene Grundstücksflächen, wie sie in der Größenordnung in der Stadt Magdeburg nicht vorhanden sind.

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt mit 11 Ja-Stimmen einstimmig dem Stadtrat, die DS0369/06 in seiner Sitzung am 12. 10. 2006 zu beschließen.

5. Anträge

5.1. MagdeburgOnline i.V.m. Stellungnahme der Verwaltung S0224/05 Vorlage: A0115/05

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper informiert, dass der Ausschuss FG eine Beschlussempfehlung ablehnt. Im Ergebnis der Beratung des Antrages A0115/06 im Verwaltungsausschuss am 21. 10. 2005 wurde der Beschlusspunkt 2 des Antrages seitens des Einbringers als erledigt betrachtet.

Der Aufsichtsrat der KID GmbH hat in seiner Sitzung am 27. 03. 2006 eine Beschlussfassung des Stadtrates zu den Punkten 1 und 3 des Antrages nicht empfohlen.

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt dem Stadtrat mit 0 Ja-Stimmen, 12 Nein-Stimmen bei 1 Enthaltung die Beschlusspunkte 1 und 3 des Antrages A0115/06 in seiner Sitzung am 12. 10. 2006 **abzulehnen**.

5.2. Prüfung des Einsatzes elektronischer Wahlgeräte Vorlage: A0090/06

An diesem Tagesordnungspunkt nimmt der Beigeordnete für Kommunales, Umwelt und Allgemeine Verwaltung (Bg I) Herr Platz teil.

Der Beigeordnete I Herr Platz verweist bezugnehmend auf die Stellungnahme der Verwaltung auf den zu hohen finanziellen Aufwand für den Einsatz elektronischer Wahlgeräte und auf perspektivische Entwicklungen in Richtung Internet.

Stadtrat Franke, FDP-Fraktion, informiert als Einbringer des Antrages, dass angesichts des Prüfergebnisses kein weiterer Antrag zu dieser Thematik erfolgen wird. Er richtet jedoch die Bitte an die Verwaltung, die Thematik im Zuge der weiteren technischen Entwicklung im Blick zu behalten.

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses sehen den Antrag mit der Stellungnahme der Verwaltung in Übereinstimmung mit dem Einbringer als erledigt an.

5.3. Eindämmung der Flut von Wahlplakaten Vorlage: A0087/06

An diesem Tagesordnungspunkt nimmt der Beigeordnete für Kommunales, Umwelt und Allgemeine Verwaltung (Bg I) Herr Platz teil.

Der Beigeordnete I Herr Platz macht in seinen erläuternden Ausführungen darauf aufmerksam, dass eine Begrenzung der Standorte für Wahlplakate bzw. der Plakatanzahl sich auf Grund der bestehenden Rechtsprechung schwierig gestaltet. Aus diesem Grund sei von derartigen Maßnahmen abzuraten. Er verweist darauf, dass es eine Reihe anderer Mittel gibt, hier einen bestimmten Einfluss geltend zu machen und unterbreitet den Vorschlag, diese in Zusammenarbeit mit dem Tiefbauamt aufzubereiten.

Stadtrat Lischka, SPD-Fraktion, informiert, dass in diesem Sinne der Änderungsantrag A0087/06/1 des Ausschusses KRB zur Erarbeitung einer städtischen Richtlinie über die Plakatierung bei Wahlen erstellt wurde.

Stadtrat Schindehütte, CDU-Fraktion, hält die Umsetzung der bestehenden ordnungsrechtlichen Regelungen für ausreichend und legt seine Auffassung dar, dass weitere Bestimmungen nicht erforderlich sind.

Stadtrat Stage, Fraktion future! die jugendpartei, unterbreitet den Vorschlag, nur bestimmte Straßenzüge für eine Plakatierung freizugeben.

Der Verwaltungsausschuss nimmt den Antrag A0087/06 zur Kenntnis und empfiehlt mit 11 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen und ohne Enthaltung dem Stadtrat, den Änderungsantrag A0087/06/1 des Ausschusses KRB zu beschließen.

5.4. Beteiligung von Bürgern an der Haushaltsplanung Vorlage: A0088/06

An diesem Tagesordnungspunkt nimmt der Bürgermeister Herr Czogalla teil.

Stadtrat Stern, CDU-Fraktion, informiert über seine Feststellung, dass die unter magdeburg.de angebotenen Diskussionsforen unterschiedlich genutzt werden und das Forum des Dezernates Finanzen seitens der Bürger nur auf geringes Interesse stößt. Um ein besseres Verständnis der Bürger hinsichtlich haushaltstechnischer Belange zu erreichen unterbreitet er den Vorschlag öffentlich mehr dafür zu werben, das Forum des Finanzdezernates verstärkt zu nutzen. Einen Weg analog der Stadt Hamburg hält er in Magdeburg für unrealistisch.

Zum Hinweis des Stadtrates Westphal, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, auf die Beschlusslage zum Änderungsantrag A0088/06/1 bzgl. der Durchführung einer gemeinsamen öffentlichen Ausschusssitzung unter Beteiligung von Experten legt der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper seine Auffassung dar, dass er dies nicht für empfehlenswert hält und eine Beschlussfassung hierzu aufgehoben werden sollte. Er sieht es als schwierig für Bürger an, sich konkret an der Haushaltsdiskussion zu beteiligen.

Stadträtin Karin Meinecke, Fraktion Die Linkspartei.PDS, geht auf die Beteiligung der Bürger der Stadt Hamburg ein und verweist darauf, dass hier zumeist persönliche Belange eingebracht wurden. Sie hält den verwaltungstechnischen Aufwand im Verhältnis zum Ergebnis für zu hoch.

Stadtrat Schindehütte, CDU-Fraktion, sieht Möglichkeiten für die Beteiligung von Bürgern in konkreten Einzelfällen. Eine Einbeziehung in die gesamte Haushaltsplanung hält er jedoch für schwierig.

Zum Hinweis von Stadtrat Stage, Fraktion future! die jugendpartei, die Investitionsprioritätenliste öffentlich bekannt zu machen informiert der Oberbürgermeister, dass die Beschlussvorlage zum Haushalt 2007 nach Genehmigung in seiner Dienstberatung am 19. 09. 2006 für die Informationssysteme freigegeben wird und somit auch die Investitionsprioritätenliste öffentlich im Internet zugänglich ist.

Stadträtin Karin Meinecke, Fraktion Die Linkspartei.PDS sieht es als problematisch an, die Haushaltsplanung 2007 ohne Kommentierung öffentlich zugänglich zu machen. Sie äußert ihre Befürchtung bei Bürgern Hoffnungen zu wecken, die nicht erfüllt werden können.

Im Ergebnis der Diskussion unterbreitet der Oberbürgermeister den Vorschlag, im Sinne der Stellungnahme der Verwaltung dem Stadtrat die Ablehnung des Antrages zu empfehlen.

Hierzu spricht sich Stadtrat Stern, CDU-Fraktion, dafür aus, den Antrag A0088/06 unter der Maßgabe der Streichung des 2. Absatzes dem Stadtrat zur Beschlussfassung zu empfehlen.

Der Verwaltungsausschuss nimmt den Antrag A088/06 zur Kenntnis und empfiehlt dem Stadtrat die Beschlussfassung nur des 1. Satzes des Antrages A0088/06. Satz 2 des Antrages wird gestrichen.

5.5. Wirtschaftliches Potential des demographischen Wandels
Vorlage: A0136/06

An diesem Tagesordnungspunkt nimmt der Beigeordnete für Wirtschaft, Tourismus und Regionalentwicklung (Bg III) Herr Dr. Puchta teil.

Der Beigeordnete III Herr Dr. Puchta macht erläuternde Ausführungen zur Stellungnahme der Verwaltung S0152/06.

Zum Antrag besteht kein Diskussionsbedarf.

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt mit 12 Ja-Stimmen einstimmig dem Stadtrat, den Antrag A0136/06 in seiner Sitzung am 12. 10. 2006 zu beschließen.

6. Informationen

6.1. Erster betrieblicher Gesundheitsbericht der Landeshauptstadt
Magdeburg 2005
Vorlage: I0177/06

Zur Information besteht kein Diskussionsbedarf.

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses nehmen die Information I0177/06 zur Kenntnis.

7. Verschiedenes

7.1. Bauarbeiten im Kometenweg

Stadtrat Schindehütte, CDU-Fraktion, informiert über dem Anschein nach unkoordinierte Bauarbeiten an der Straßenentwässerung und bittet um Aufklärung der Problematik.

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper sagt zu, hierzu den Geschäftsführer der Städtischen Werke zu befragen.

7.2. Besuch in China

Stadtrat Westphal, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, hinterfragt den Grund der Teilnahme des Geschäftsführers der WOBAU an der Besuchsreise.

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper sagt die Beantwortung der Nachfrage im Ergebnis der Reise zu.

7.3. Schiffshebewerk

Stadtrat Westphal, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, nimmt Bezug auf das Anschreiben des Vorsitzenden des Bundestagsausschusses für Tourismus und hinterfragt die Umsetzung der Anregung des Vorsitzenden für eine private Betreibung des Schiffshebewerkes.

Hierzu legt der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper klarstellend seine Auffassung dar. Er informiert über ein erneutes Anschreiben an den Bundesverkehrsministers Tiefensee in dieser Angelegenheit. Ein Antwort hierzu steht jedoch noch aus.

Die Niederschrift erhält ihre endgültige Fassung mit Bestätigung in der darauffolgenden Sitzung.

Dr. Lutz Trümper
Vorsitzende/r

Andrea Behne
Schriftführer/in

Anwesend:

Vorsitzende/r

Oberbürgermeister Dr. Lutz Trümper

Mitglieder des Gremiums

Stadtrat Reinhard Stern

Stadtrat Holger Franke

Stadtrat Dr. Klaus Kutschmann

Stadtrat Burkhard Lischka

Stadtrat Rainer Löhr

Stadtrat Sven Meinecke

Stadtrat Oliver Müller

Stadtrat Gunter Schindehütte

Stadtrat Alfred Westphal

Stadträtin Karin Meinecke

Stadtrat Hubert Salzborn

Stadträtin Beate Wübbenhorst

Beratende Mitglieder

Stadtrat Michael Stage

Geschäftsführung

Frau Andrea Behne

Amtsleiter Alfred Wagner

Abwesend

Mitglieder des Gremiums

Stadtrat Hans-Werner Brüning

Stadtrat Wigbert Schwenke